

Detlef Burhoff

Von: Burhoff Online <detlef@burhoff.de>
Gesendet: Sonntag, 16. Oktober 2016 10:47
An: detlef@burhoff.de
Betreff: Newsletter 26/2016 von Burhoff-Online: Neuer Volltext
Rechtsprechungsübersicht und 22 neue(re) Beschlüsse

Detlef Burhoff 48143 Münster, den 16. 10. 2016
Rechtsanwalt, Richter am OLG a.D.

Sehr geehrte Damen und Herren,
hallo lieber Newsletter-Bezieher,

heute möchte ich über folgende Erweiterungen bzw. Änderungen auf Burhoff online - www.burhoff.de - berichten:

Eingestellt worden ist gestern der von mir stammenden Beitrag: "Rechtsprechungsübersicht zum Strafrecht - 2015/2016" aus ZAP Heft 20/16, F. 22 R, S. 969, der über aktuellere Rechtsprechung aus dem Bereich der Körperverletzungsdelikte, der Zueignungs- und Vermögensdelikte und dem Verkehrsstrafrecht informiert. Sie finden den Beitrag unter:

http://www.burhoff.de/veroeff/aufsatz/ZAP_F22R_S969.htm

Außerdem sind in den letzten Wochen sind folgende 22 Beschlüsse anderer Gerichte auf der Homepage eingestellt worden:

OWi Videomessung, Ermächtigungsgrundlage, Beweisverwertungsverbot (OLG Köln, Beschl. v. 06.09.2016 - 1 RBs 246/16); Zum Beweisverwertungsverbot bei Messung mit einem Provida-Messgerät.

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3717.htm

OWi Beweisverwertungsverbot, Messung durch Private (AG Neunkirchen, Urt. v. 27.04.2016 - 19 OWi 68 Js 778/15 (234/15)); Zum bejahten Beweisverwertungsverbot, wenn eine Behörde im Rahmen der Geschwindigkeitsüberwachung insbesondere im Rahmen der Auswertung von Messungen sehenden Auges gegen die Vorschriften eines ministerialen Erlasses verstößt.

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3710.htm

OWi OLG Saarbrücken, Beschl. v. 13.09.2016 - Ss Rs 21/16 (Beweisverwertungsverbot, Messung durch Private, Zulassung der Rechtsbeschwerde); Zur Zulassung der Rechtsbeschwerde, wenn es um das Vorliegen eines Beweisverwertungsverbotes geht.

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3711.htm

OWi Messunterlagen, Einsicht, Beiziehung, Versagung des rechtlichen Gehörs (OLG Bamberg, Beschl. v. 26.09.2016 - 3 Ss OWi 1158/16); Zur Versagung des rechtlichen Gehörs bei verweigerter Herausgabe der Messdateien.

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3713.htm

OWi Rohmessdaten, Herausgabe, Lebensakte (AG Neunkirchen, Beschl. v.05.09.2016 - 19 OWi 531/15); Dem Verteidiger sind bei der Geschwindigkeitsmessung die Rohmessdaten der tatgegenständlichen Messung in unverschlüsselter Form, sowie die Lebensakte zum Messgerät und die Statistikdatei der Messserie des Messtages herauszugeben.

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3714.htm

OWi Akteneinsicht, Messunterlagen, Messdaten, Beiziehung (AG Nördlingen, Beschl. v. 08.09.2016 - 4 OWi 99/16); Der Verteidiger hat keinen Anspruch auf Akteneinsicht in Eichschein, Lehrgangsbcheinigung, Lebensakte und auf Überlassung von Rohmessdaten.

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3682.htm

OWi Erhöhung, Geldbuße, rechtlicher Hinweis (OLG Hamm, Beschl. v. 09.08.2016 - 1 RBs 181/16); Die Erteilung eines rechtlichen Hinweises ist nach Art. 103 Abs. 1 GG geboten, wenn sie der Vermeidung von Überraschungsentscheidungen dient. Eine solchermaßen verbotene Überraschungsentscheidung liegt vor, wenn das Gericht einen bis zu seiner Entscheidung nicht erörterten rechtlichen Gesichtspunkt zur Grundlage seiner Entscheidung gemacht und damit dem Verfahren eine Wende gegeben hat, mit welcher der davon betroffene Verfahrensbeteiligte nach dem bis zu diesem Zeitpunkt gegebenen Verlauf des Verfahrens nicht zu rechnen brauchte, wobei es auf eine Überraschungsabsicht des Gerichts nicht ankommt.
http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3669.htm

StPO Pflichtverteidiger, nachträgliche Beiordnung (LG Tübingen, Beschl. v. 04.10.2016 - 9 Qs 142/16); Zur nachträglichen Beiordnung des Pflichtverteidigers.
http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3720.htm

StPO Verständigung, zulässiger Inhalt, Dauer der Sperrfrist (OLG Nürnberg, Beschl. v. 10.08.2016 - 2 OLG 8 Ss 289/15); 1. Gegenstand einer Verständigung vor dem Berufungsgericht kann auch die nachträgliche Beschränkung der Berufung des Angeklagten auf den Rechtsfolgenausspruch sein. Hierin liegt keine unzulässige Verständigung über den Schuldspruch oder über einen Rechtsmittelverzicht.

2. Das Verbot einer Verständigung über Maßregeln der Besserung und Sicherung schließt eine Verständigung über Folgeentscheidungen (etwa die Dauer der Sperrfrist beim eventuellen Entzug der Fahrerlaubnis) nicht aus.

3. Bei der Verständigung über die Sperrfrist für die Wiedererlangung der Fahrerlaubnis kann eine konkrete Dauer in Aussicht gestellt werden. Der Angabe eines Rahmens bedarf es nicht.

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3715.htm

StPO Urteilsgründe, Anforderungen, Fahren ohne Fahrerlaubnis, Straßenverkehrsgefährdung (OLG München, Beschl. v. 04.10.2016 - 4 OLG 15 Ss 456/16); Zu den Anforderungen an die tatsächlichen Feststellungen bei Fahren ohne Fahrerlaubnis und Straßenverkehrsgefährdung http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3716.htm

StPO Akteneinsicht, Mitgabe der Akten, Anfechtungsmöglichkeit (OLG Celle, Beschl. v. 26.08.2016 - 1 Ws 415/16); Der Anfechtungsausschluss des § 147 Abs. 4 Satz 2 StPO bezieht sich auch auf Beschwerden der Staatsanwaltschaft, so dass die Entscheidung des Vorsitzenden über die Art und Weise der Gewährung von Akteneinsicht (z.B. in Aufzeichnungen der Telekommunikation) insgesamt der Anfechtung entzogen ist.

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3687.htm

StGB/Nebengebiete Betrug, Selbstbehalt, Offenbarungspflicht (AG Erfurt, Urt. v. 26.04.2016 - 880 Js 10703/13 Ds); Zur Frage des Vorliegens eines Betruges, wenn der Werkunternehmer nach einer Kfz-Reparatur gegenüber der Versicherung nicht offenbart, dass er den vom Kunden zu tragenden Selbstbehalt nicht geltend macht.

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3718.htm

StGB/Nebengebiete Öffentlicher Straßenverkehr, Bordellparkplatz, Feststellungen (OLG Hamm, Beschl. v. 15.09.2016 - 4 RVs 107/16); Zu den Anforderungen an die Beweiswürdigung bzgl. der Feststellung, dass ein (versteckt liegender) Bordellparkplatz zum öffentlichen Verkehrsraum gehört.

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3698.htm

Haftfragen Telefonerlaubnis, Widerruf (OLG Celle, Beschl. v. 08.09.2016 - 1 Ws 434/16); Eine gerichtliche Zustimmung zur Erteilung einer Telefonerlaubnis für einen Untersuchungsgefangenen kann vom Gericht mit bindender Wirkung für die Vollzugsbehörde zu-rückgenommen oder widerrufen werden, wenn nachträglich Umstände eintreten oder bekannt werden, unter denen eine Zustimmung versagt werden könnte.

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3683.htm

Verwaltungsrecht Fahreignungsbewertungssystem, Umrechnung, Ermahnung, Verwarnung, Entziehung der Fahrerlaubnis, (VGH Kassel, Beschl. v. 01.09.2016 - 2 B 2192/16); Hat ein Fahrerlaubnisinhaber bereits nach früherem Recht eine Maßnahme der ersten und zweiten Stufe durchlaufen, bedarf es bei der Umstellung auf das neue Fahrerlaubnis-Bewertungssystem keiner erneuten Maßnahme (Ermahnung oder Verwarnung).

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3688.htm

Verwaltungsrecht Entziehung, Fahrerlaubnis, Drogenkonsum, versehentlich Konsum (VG Neustadt/Weinstraße, Beschl. v. 22.06.2016 - 1 L 405/16.NW); Zur Entziehung der Fahrerlaubnis wegen (nachgewiesenem) Amphetaminkonsum wenn der Fahrerlaubnisinhaber behauptet, er habe die Droge versehentlich zu sich genommen.

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3678.htm

Verwaltungsrecht Einheit der Rechtsordnung, Obiter dictum, BVerfG, Strafverfahren, Fahrerlaubnisverfahren, Beweisverwertungsverbot (VG Gelsenkirchen, Beschl. v. 15.08.2016 - 7 L 1793/16); Zur Geltung eines strafverfahrensrechtlichen Beweisverwertungsverbotes im fahrerlaubnisrechtlichen Verfahren.

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3675.htm

Verwaltungsrecht Fahrtenbuchauflage, Verhältnismäßigkeit, Ersatzfahrzeug (VG Düsseldorf, Urt. v. 12.05.2016 - 6 K 8199/14); 1. Erstreckt die Behörde eine Fahrtenbuchauflage auch auf ein Ersatzfahrzeug für das Tatfahrzeug, erledigt sich die Fahrtenbuchauflage nicht allein dadurch, dass der Halter seine Haltereigenschaft hinsichtlich des Tatfahrzeuges endgültig aufgibt.

2. Für die Bestimmung des Ersatzfahrzeuges kommt es auf die objektive Zweckbestimmung des Fahrzeugs an. Bei einem Geschäftsfahrzeug ist es daher angesichts seines betrieblichen Nutzungszwecks grundsätzlich unerheblich, welcher Mitarbeiter das Fahrzeug im Rahmen des Geschäftsbetriebes nutzt.

3. Haben die Gesellschafter der Halterin den jederzeit änderbaren Beschluss gefasst, ihren Mitarbeitern zukünftig keine Geschäftsfahrzeuge mehr zur Verfügung zu stellen, schließt dies die Anschaffung eines Ersatzfahrzeuges während der Geltungsdauer der Fahrtenbuchauflage in der Regel nicht aus.

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3666.htm

Zivilrecht Rücktritt, Gebrauchtwagenkauf, Mängel (OLG Stuttgart, Urt. v. 19.05.2015 - 12 U 39/14); 1. Ein Rechtsanwalt verletzt seine ihm aus dem Mandatsverhältnis obliegenden Pflichten, wenn er für einen Leasingnehmer eine Erklärung wegen Mängeln eines geleasteten Fahrzeugs dahingehend abgibt, dass dieser vom Leasingvertrag zurücktritt, obwohl - Zug um Zug gegen Abtretung der Gewährleistungsrechte des Leasinggebers - Gewährleistungsansprüche gegen den Leasinggeber im Leasingvertrag ausgeschlossen sind.

2. Diese Pflichtverletzung führt jedoch dann nicht zu einem Schaden des Mandanten, wenn nicht festgestellt werden kann, dass an dem Fahrzeug Leasingfahrzeug in einem Umfang vorhanden waren, die zum Rücktritt vom Kaufvertrag berechtigt hätten.

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3690.htm

Zivilrecht Jagdaufseher, Wildschweinunfall, Schadensersatz (AG Saarlouis, urt. v. 12.09.2016 - 28 C 284/16 (70)); Angesichts der Gefährlichkeit einer Rotte von Wildschweinen kann einem Jäger nicht vorgeworfen werden, wenn er sich mit einem Gewehr bewaffnet den Tieren nähert.

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3674.htm

Gebühren Beratungshilfe, Erforderlichkeit der Vertretung (AG Mannheim, Beschl. v. 25.04.2016 - 2 UR II 8/16); Nach der Bewilligung von Beratungshilfe hat der Kostenbeamte im Vergütungsfestsetzungsverfahren bei Festsetzung einer Geschäftsgebühr gemäß Nr. 2503 VV RVG zu prüfen, ob eine Vertretung erforderlich war.

http://www.burhoff.de/asp_weitere_beschluesse/inhalte/3719.htm

Und im "Werbefblog" dann heute nur der Hinweis auf folgende Neuerscheinung:

In der vergangenen Woche ist die 4. Auflage von "Burhoff/Grün, Geschwindigkeitsmessungen im Straßenverkehr" erschienen, das von einem Kollegen mit "Blitzerbibel" bezeichnete Werk. Bestellungen sind beim <http://www.burhoff.de/bestellung/> möglich.

Die vollständigen Dateien zu den RVG-Entscheidungen finden Sie unter <http://www.burhoff.de/burhoff/rvginhalte/default.htm>.

Ich freue mich im Übrigen über jede RVG-Entscheidung, die mir zugesandt wird. Ich stelle sie gern bei den Entscheidungen auf der Homepage ein und veröffentliche sie ggf. auch im RVGreport und/oder VRR/StRR.

Mit besten Grüßen

Rechtsanwalt Detlef Burhoff, RiOLG a.D.

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr beziehen möchten, können Sie den Service problemlos abbestellen - klicken Sie hier:

<http://www.burhoff.de/newsletter/>